

PRÄSIDIUM



lebensministerium.at

An das

Präsidium des  
Nationalratesper E-Mail

Wien, am 11.10.2007

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

Sachbearbeiter(in)/Klappe

BMLFUW-  
LE.5.7.1/0071-  
PR/2/2007Mag. Wiesinger-Arthold  
6677**BMUKK; Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Schulorganisationsgesetz geändert wird;  
Begutachtungs- und Konsultationsverfahren;  
Stellungnahme des BMLFUW**

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft beehrt sich, die Ressortstellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes des BMUKK, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird, do. Zl. BMUKK-12.690/0007-III/2/2007, im Anhang zu übermitteln.

Anlage

Für den Bundesminister:

Mag. Wiesinger-Arthold

elektronisch gefertigt

PRÄSIDIUM



lebensministerium.at

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Kultur

per E-Mail

Wien, am 11. Oktober 2007

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom  
BMUKK-12.690/0007-  
III/2/2007

Unsere Geschäftszahl  
BMLFUW-  
LE.5.7.1/0071-Pr.2/07

Sachbearbeiter(in)/Klappe  
Mag. Wiesinger-Arthold  
6677

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Schulorganisationsgesetz geändert wird;  
Begutachtungs- und Konsultationsverfahren**

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft erlaubt sich, zum vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird, folgende Bedenken mitzuteilen:

Mit diesem Entwurf ist die Verschiebung der Bildungslaufbahnentscheidung von der Grundschule an das Ende der Sekundarstufe I bzw. in der Sekundarstufe I die Individualisierung der Schullaufbahnentscheidung vorgesehen.

Die höheren land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen werden von Schülerinnen und Schülern ab der 9. Schulstufe besucht. Die Entscheidung der Schülerinnen und Schüler erfolgt daher erst später und nicht bereits in der 5. Schulstufe. Für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ist daher kein unmittelbarer Vorteil erkennbar, dass eine definitive Entscheidung für alle Schulformen bzw. Fachrichtungen erst in der 9. Schulstufe erfolgen kann.

Wirtschaftliche Auswirkungen sowie sozialpolitische Auswirkungen wie der Fortbestand der bisherigen Schulstandorte für die Sekundarstufe I können zu diesem Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Eine Ausfertigung der Stellungnahme ergeht an das Präsidium des Nationalrates.

Für den Bundesminister:  
Mag. Wiesinger-Arthold

elektronisch gefertigt!

